

SKANDAL KINDERARMUT

Die CDU/FDP-Regierung hat einen neuen Armutsbericht verweigert, um die unsozialen Auswirkungen ihrer Politik zu verschleiern. Aber die vorliegenden Zahlen sind eindeutig: In Niedersachsen gibt es einerseits eine wachsende Gruppe von Armen, andererseits steigt die Zahl der Reichen. Die Spaltung der Gesellschaft nimmt rasant zu.

Von Armut betroffen sind viele Arbeitslose, Haushalte mit Kindern und alleinerziehende Frauen. In Niedersachsen ist die Zahl der unter 15-Jährigen, die von Sozialtransfers abhängig sind, von 2005 auf 2006 um gut zehn Prozent gestiegen. In dieser Situation wollen wir vor allem einkommensschwache Familien mit Kindern entlasten. Hierzu gehört das verpflichtende, aber kostenfreie Bildungsjahr vor der Einschulung.

Inbegriffen ist auch eine Lernmittelfreiheit für Kinder von Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfängerinnen und -empfängern. Für die Mahlzeiten ihrer Kinder können Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) zwischen 2,57 und 3,43 Euro pro Tag ausgeben. Es kann nicht sein, dass manche Kinder auf ein warmes Schulessen verzichten müssen, weil die Eltern es nicht bezahlen können. Solange der Bundesgesetzgeber keinen bedarfsgerechten Regelsatz für Kinder und Jugendliche geschaffen hat, fordern wir einen Sozialfonds, an dem sich das Land Niedersachsen und die Kommunen beteiligen. Gleichzeitig wollen wir, dass Kinder von einkommensschwachen Familien nicht von der Sekundarstufe II ausgegrenzt werden, weil niemand ihre Busfahrkarte bezahlt. Sport und Kultur müssen allen Kindern und Jugendlichen zugänglich sein, auch wenn ihre Eltern ALG II-Leistungen beziehen.

Das ALG II muss deutlich erhöht werden. Zusätzlich müssen die Regelsätze für Kinder und Jugendliche als eigenständige Grundsicherung, die ihren tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen, festgelegt werden. Sachleistungen und so genannter Mehrbedarf müssen auch für Familien mit Einkommen knapp oberhalb der Einkommensgrenzen von ALG II unbürokratisch zur Verfügung stehen. Hier muss das Land Niedersachsen im Bund Verantwortung übernehmen und sich im Bundesrat vehement für eine Änderung der Rahmenbedingungen einsetzen. Das ALG II soll den Forderungen der Wohlfahrtsverbände entsprechend um etwa 20 Prozent angehoben werden. Statt milliardenschwere Steuernachlässe für die Ehe zu gewähren, müssen Frauen und Männer eigenständig abgesichert und Kinder gefördert werden.

JUNGE FLÜCHTLINGE STÜTZEN

Die Flüchtlingspolitik der CDU/FDP-Landeregierung dient der Abschreckung und missachtet humanitäre Grundsätze. Wir wollen eine großzügige gesetzliche Regelung für die Ausländerinnen und Ausländer, die seit Jahren mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus in Niedersachsen leben. Und wir wollen die Voraussetzungen für die Härtefallberatungen deutlich verbessern.

Die Bleiberechtsregelung soll nicht allein von der Sicherung des Lebensunterhalts abhängen. Außerdem muss die Residenzpflicht aufgehoben werden. Alleinerziehende, Kinder, Alte, Behinderte und Kranke benötigen unseren besonderen Schutz. Das gilt in besonderem Maße für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge. Wir wollen die Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Niedersachsen verbessern. Ein wichtiger Schritt ist die Auflösung der

zentralen Abschiebelager in Braunschweig, Oldenburg und Bramsche.

Außerdem muss das Wertgutscheinsystem abgeschafft werden, um zu einer Barauszahlung der Hilfen zum Lebensunterhalt zurückzukehren. Die Politik muss auch das Ziel verfolgen, Papierlosen (Menschen, die weder einen Aufenthaltstitel noch eine Duldung besitzen) Hilfe und Beratung anzubieten. Insbesondere geht es dabei um die Garantie von Menschenrechten auf Gesundheit, schulische Bildung und den Schutz vor Ausbeutung. Die Flüchtlingssozialarbeit wollen wir mit verlässlichen Vorgaben langfristig finanziell sichern. Hierbei muss insbesondere die interkulturelle Kompetenz von Migrantinnen und Migranten genutzt werden. Unterstützung verdienen die vielfältigen privaten, kirchlichen und sozialen Initiativen, die Flüchtlingen Schutz und Hilfe bieten.

Dort wo es bisher nicht geschehen ist, müssen die Ausländerbehörden ihre Arbeit stärker auf die Unterstützung von Flüchtlingen ausrichten und sich stärker mit der Flüchtlingssozialarbeit vernetzen.

Dies ist ein Auszug aus dem Programm von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl 2008. Haben Sie Interesse an mehr Inhalten? Das gesamte Programm finden Sie im Internet unter www.gruene-niedersachsen.de/landtagswahl